



Timon Gremmels

Mitglied des Deutschen Bundestages

Informationen aus der
Hauptstadt und dem Wahlkreis Kassel

Kassel, 29. Mai 2020

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Leserinnen und Leser,

um die wirtschaftlichen Probleme infolge der Corona-Pandemie zu bewältigen brauchen wir ein **Konjunkturprogramm, das Familien unterstützt und unsere Wirtschaft auf gesunde Beine stellt**. Wir investieren in saubere und bezahlbare Energie, flächendeckendes schnelles Internet, in klimafreundliche Mobilität und in die Innovationsstärke unserer Wirtschaft. Wir brauchen starke Nachfrageimpulse im Inland und **Unterstützung der Kommunen bei ihren Zukunftsaufgaben**. Wir brauchen europäische und internationale Lösungen für eine nachhaltige globale Ökonomie. Mit dem Konjunkturpaket werden wir gezielt diese Investitionen für ein modernes und nachhaltiges Land verstärken.

Einen wichtigen Erfolg konnten wir für Eltern erzielen: Viele Eltern, die nach und nach wieder an ihren Arbeitsplatz zurückkehren, deren Kinder aber derzeit noch keinen Anspruch auf eine Notbetreuung in Kita oder Schule haben, stehen vor einem Dilemma. Wir haben jetzt durchgesetzt, dass die **Entschädigungszahlungen für erwerbstätige Eltern bei fehlender Kinderbetreuung verlängert werden**: Bei Paaren soll jeder Elternteil insgesamt einen zehnwöchigen Anspruch auf die Leistung erhalten. Alleinerziehende können die Lohnfortzahlung für den Zeitraum von 20 Wochen beantragen. Damit geben wir den Eltern **finanzielle Sicherheit** für die kommenden Wochen und sorgen gleichzeitig dafür, die Kitas und Schulen schrittweise öffnen zu können.

In den vergangenen Wochen haben wir Rettungsschirme und Hilfsmaßnahmen auf den Weg gebracht, die Erwerbstätigen, Familien, Mittelstand und Handwerk geholfen haben, die negativen Folgen der Corona-Pandemie abzufedern. Langsam wird die Wirtschaft wieder hochgefahren und das wollen wir unterstützen und ein **umfassendes Konjunkturpaket** auflegen.

Wir brauchen starke Impulse für nachhaltiges Wachstum, für gute Arbeit und innovative Lösungen für unsere Zukunft. Wir wollen die, die besonders hart von der Corona-Krise getroffen sind, tatkräftig unterstützen. Für Familien mit Kindern wollen wir einen **einmaligen Corona-Kinderbonus** – 300 Euro für jedes Kind. Das Kurzarbeitergeld soll nun im gesetzlichen Rahmen auf 24 Monate verlängert werden. Das hilft direkt und kurbelt die Nachfrage im Inland an. Die Kommunen sollen durch kurzfristige **Kompensation der Gewerbesteuerausfälle** und die Befreiung von Altschulden unterstützt werden, denn dort werden fast zwei Drittel aller Investitionen getätigt. So können wir Handwerk und Dienstleistungen stärken und Jobs und Ausbildungsplätze vor Ort sichern. Und **wir brauchen eine klare, europäische Strategie**, denn in einer globalisierten Welt, die auf wirtschaftliche Kooperation aufbaut, können wir uns nicht isoliert bewegen. Darum unterstützen wir den Plan von Olaf Scholz und Bruno Le Maire für einen 500-Milliarden-Euro-Fonds zur Finanzierung europäischer konjunktureller Maßnahmen.

Am 2. Juni 2019, also vor gut einem Jahr, wurde Dr. Walter Lübcke kaltblütig von Rechtsterroristen ermordet. Das ist eine Mahnung an uns alle – wir dürfen den hasserfüllten Hetzern keinen Millimeter Platz geben. Wir müssen als Gesellschaft zusammenstehen und Haltung zeigen – Spaltern zeigen wir die rote Karte!



Weltweit sind Frauen im besonderen Maße von unzureichender Wasserversorgung betroffen. Am Donnerstag ist Welttag der Frauenhygiene. Deshalb haben wir gemeinsam mit WASH united - einer Organisation, die sich für die Menstruationshygiene einsetzt, eine Fotoaktion mit Kolleginnen und Kollegen der SPD-Bundestagsfraktion gestartet. Wir tragen als Symbol das „Menstruation Bracelet – das globale Symbol für Menstruation.

Wichtig ist uns, dass wir bei unseren Debatten rund um die Frage der globalen Gesundheit und der Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele weltweit die spezifische Perspektive von Frauen in den verschiedenen Gesellschaften mitdenken. Denn das Ziel einer gerechten Gesellschaft, einer Gesellschaft, die die Rechte aller Menschen beachtet, erreichen wir nicht, wenn wir Teile dieser Gesellschaft in unseren Überlegungen ausblenden.

Mehr Informationen: <https://www.facebook.com/WASHUnited/>

Euer

Timon Gremmels, Energiepolitiker und direkt gewählter Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Kassel.

- Seit September 2017 Mitglied des Deutschen Bundestags in der SPD-Bundestagsfraktion
- Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie
- Mitglied im Petitionsausschuss

Wahlkreisbüro Kassel
Humboldtstraße 8A | 34117 Kassel
✉ timon.gremmels.wk@bundestag.de
☎ Telefon 0561 700 10 52
☎ Telefax 0561 700 10 53
🏠 www.timon-gremmels.de



Entschieden gegen Hass und Hetze

Wir gedenken Dr. Walter Lübcke

In der Nacht zum 2. Juni 2019 geschah das schier unfassbare: Rechtsextremisten ermorden unseren Kasseler Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke hinterrücks auf der Terrasse seines Hauses in Wolfhagen-Istha. Walter Lübcke stand für ein offenes, tolerantes und menschliches Deutschland. Er hat sich mit klaren Worten für eine humanitäre Haltung Deutschlands in der Flüchtlingsfrage eingesetzt.

Wir dürfen nicht zulassen, dass durch Hass und Hetze Menschen eingeschüchtert, angegriffen oder gar ermordet werden. Wir sind als Demokraten alle zusammen gefordert, jeden Tag Haltung gegen rechts zu zeigen. **Wir stehen für ein demokratisches, friedliches, weltoffenes und tolerantes Deutschland!**

Einschüchterung, Hass, Hetze und Gewalt dürfen keinen Erfolg haben. Wir nehmen die zunehmende Bedrohung ernst. Unser offenes und tolerantes Land, die gesellschaftliche Vielfalt und Offenheit für Neues werden jedoch nicht von allen uneingeschränkt befürwortet. Das schadet dem gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die Rechten hetzen, spalten, säen Wut und Hass und liefern dazu ein Zerrbild unseres Landes. Sie schreien ihre Botschaften heraus, ohne ernsthaft an einer Diskussion interessiert zu sein.

Ich bin stolz, dass wir in Kassel und Nordhessen mit vielen Initiativen vorangehen und uns alle gemeinsam dafür anstrengen, unsere Gesellschaft beieinander zu halten. **Lasst uns alle gemeinsam aktiv für unsere Werte eintreten!**

Mit dem **Netzwerkdurchsetzungsgesetz** sorgt unsere Bundesjustizministerin Christine Lambrecht dafür, vor allem auch kommunalpolitisch engagierte Bürgerinnen und Bürger zu schützen. **Der Gesetzentwurf sieht vor, Kommunalpolitiker im Schutz vor übler Nachrede und Verleumdung Bundes- und Landespolitikern gleichzustellen.** Unsere Städte und Gemeinden sind die Wurzel unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts und unserer Demokratie. Mit dem Gesetzentwurf erhalten auch unsere Kommunalpolitikerinnen und -politiker mehr Schutz ihrer persönlichen Freiheit. Kandidatinnen und Kandidaten können künftig eine Meldesperre verhängen, so dass ihre Anschrift nicht ermittelt werden kann. Ebenfalls muss die Wohnanschrift künftig nicht mehr auf den Wahllisten angegeben werden. So sorgen wir für den Schutz aller, die sich beruflich oder ehrenamtlich in der Kommunalpolitik engagieren.

Mehr Infos zum Gesetzentwurf:

https://www.bmjv.de/DE/Themen/FokusThemen/NetzDG/NetzDG_node.html

Wichtige Fortschritte für die Erneuerbaren Energien

Solardeckel wird endlich abgeschafft!

In der vergangenen Woche gelang endlich der **Durchbruch** für die Erneuerbaren Energien. Die Mindestabstände für Windkraftanlagen werden künftig in den Bundesländern geregelt und vor allem **wird der sogenannte Solardeckel unverzüglich abgeschafft.** Das ist eine gute Nachricht für die Solarregion Kassel, insbesondere für den Wechselrichterhersteller SMA und das Fachhandwerk, die endlich langfristig planen können.

Gerade in Zeiten der Corona-Pandemie und der Diskussion über ein nachhaltiges Konjunkturprogramm, braucht es diesen neuen **Wachstumsschub für die Solarenergie**, der preiswertesten und in der Bevölkerung akzeptiertesten Form der erneuerbaren Energieerzeugung. Doch der einst von Peter Altmaier (CDU) als damaliger Umweltminister eingeführte Solardeckel hätte die Förderung vieler neuer Solaranlagen schon in wenigen Monaten vollständig auslaufen lassen. Ein deutlicher Einbruch beim Ausbau der Solarenergie wäre die Folge gewesen; ein Szenario, das wir **mit der Einigung verhindern konnten.** Mitte Juni wird der Bundestag die Abschaffung des Solardeckels beschließen.

Dass die Abschaffung des Solardeckels nun gerade noch rechtzeitig erfolgt, ist ein echter Durchbruch, für den ich gemeinsam mit vielen Akteuren in der Region lange gekämpft habe. Mit der Abschaffung des Solardeckels sichern wir gut bezahlte zukunftsfähige Arbeitsplätze, wir stärken das mittelständische Handwerk und die regionale Wertschöpfung und wir leisten einen ganz erheblichen Beitrag für mehr Klimaschutz in Deutschland.

Wir gedenken Dr. Walter Lübcke

Gemeinsam Haltung gegen rechten Hass und Hetze zeigen!



EINIGUNG —

SOLARDECKEL WIRD UNVERZÜGLICH ABGESCHAFFT!



„GUTE NACHRICHT FÜR DIE ENERGIEWENDE“



Informationen aus der Hauptstadt und dem Wahlkreis Kassel

Vorschlag von Olaf Scholz zur Stärkung der Kommunen

Kommunen entlasten

Das öffentliche Leben findet dort statt, wo man zu Hause ist: in den Städten und Gemeinden. Mit guten Schulen und Kitas. Im Sportverein, dem Schwimmbad, der Bibliothek. Mit einem guten Angebot von Bussen und Bahnen – und von sozialen Einrichtungen. **Die meisten öffentlichen Investitionen kommen aus den Kommunen.** Wenn sie ausbleiben, sinkt ein Stück weit die Lebensqualität der Menschen – und dämpft die Konjunktur vor Ort.

Nicht nur durch die Corona-Krise können immer weniger Städte und Gemeinden ausreichend investieren. Über Jahre haben sich in vielen Orten Altschulden aufgebaut – oft, weil sie beispielsweise durch den notwendigen Strukturwandel belastet wurden.

Die SPD will darum einen Rettungsschirm für Kommunen spannen, um die krisenbedingten Einnahmeausfälle bei der Gewerbesteuer auszugleichen. Und, um einmalig die Altschulden zu tilgen. Das ist die Grundlage, damit in den Städten und Gemeinden wieder investiert werden kann – und ein wichtiger Baustein dafür, dass Deutschlands Wirtschaft ein kraftvoller Neustart aus der Krise gelingt und gute Arbeitsplätze erhalten werden.

Mehr Informationen zum Vorschlag unseres Bundesfinanzministers Olaf Scholz gibt es unter:
<https://www.spd.de/aktuelles/kommunaler-solidarpakt/>



Wirtschaft und Beschäftigung sichern, Familien entlasten

Corona-Steuerhilfegesetz eingebracht

Um der Gefahr eines geringeren Wachstums infolge der Corona-Pandemie zu begegnen, haben wir zielgerichtete Antworten gefunden. Auch die Steuerpolitik muss nun helfen, die wirtschaftliche Entwicklung zu stabilisieren und Beschäftigung zu sichern. Dazu haben die Koalitionsfraktionen das „Corona-Steuerhilfegesetz“ in dieser Woche in den Bundestag eingebracht.

Zur Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie wird die **Mehrwertsteuer für Speisen in Gaststätten befristet bis Mitte 2021 auf sieben Prozent abgesenkt** und die Aufstockungsbeiträge zum Kurzarbeitergeld werden von der Steuer befreit. Außerdem wird die Übergangsregelung für die Umsetzung der neu geregelten Umsatzbesteuerung von juristischen Personen des öffentlichen Rechts um 2 Jahre bis Ende 2022 verlängert. Damit erfüllen wir eine wichtige Forderung von Ländern und Kommunen und geben den Kommunen ausreichend Zeit für die Umsetzung.

Die wichtige Einigung über die Verlängerung der Lohnfortzahlung für Eltern ist ebenfalls Teil des Gesetzes. Viele Eltern, die wieder an ihren Arbeitsplatz zurückkehren sollen und deren Kinder derzeit noch keinen Anspruch auf eine Notbetreuung in Kita oder Schule haben, stehen vor **existenziellen Herausforderungen**. Die Bundesregierung will deshalb die Entschädigungszahlungen für erwerbstätige Eltern bei fehlender Kinderbetreuung verlängern. **Bei Paaren soll jeder Elternteil insgesamt einen zehnwöchigen Anspruch auf die Leistung erhalten. Alleinerziehende können die Lohnfortzahlung für den Zeitraum von 20 Wochen beantragen.**

Die Soziale Hilfe e.V. unterstützt Wohnungslose

Das virtuelle Tigerentenrennen

Das Tigerentenrennen findet dieses Jahr virtuell statt. Ab dem 29. Mai 2020 gibt es für 3,- Euro Adoptionscheine zu erwerben.

Die Gewinner werden Ende Juni ausgelost. Der Erlös kommt der Sozialen Hilfe e.V. zugute, die damit ihre wichtige Hilfsarbeit für wohnungslose Menschen finanziert.

Mehr Informationen gibt es unter:
<http://www.tigerentenrennen-kassel.de>





Unanständige Forderung der Union

Hände weg vom Mindestlohn!

CDU/CSU-Politiker des Wirtschaftsausschusses fordern, den Mindestlohn in Deutschland abzusenken oder zumindest die Erhöhung 2021 auszusetzen. Gut, dass die SPD mitregiert und das verhindern wird. Gerade Menschen, die im Niedriglohnbereich arbeiten, halten den Laden in vielen Bereichen am Laufen! Wir dürfen die Auswirkungen der Corona-Pandemie nicht auf ihrem Rücken austragen.

CDU/CSU-Politiker fordern Senkung
des Mindestlohns.

NICHT MIT DER SPD!

Bewerbungsphase für 2021/22 gestartet

Ein Jahr in die USA

Als Junior-Botschafter ein Jahr in die USA – das ist jetzt wieder mit dem Parlamentarischen Patenschaftsprogramm möglich. **Auch im nächsten Jahr möchte ich einem jungen Menschen aus dem Wahlkreis Kassel die Chance geben, über das Parlamentarische Patenschafts-Programm ein Austauschjahr in den USA zu verbringen.** Die jungen Stipendiaten fungieren während ihres Auslandsjahres als Junior-Botschafter ihres Landes. Das Patenschaftsprogramm lebt von jungen Leuten, die auf der einen Seite die amerikanische Kultur kennenlernen wollen und zugleich etwas von ihrer eigenen Kultur in das neue Umfeld einbringen möchten und so das transatlantische Verständnis fördern.



Mehr Informationen und Hinweise zum Bewerbungsverfahren gibt es unter: <https://www.bundestag.de/ppp>

Sollte es aufgrund der aktuellen Covid-19-Pandemie zu Änderungen kommen, werden die Bewerber informiert. Es wird von einer planmäßigen Durchführung des kommenden Austauschprogramms ausgegangen.

Highlights aus meinen Social-Media-Kanälen



Tweet der Woche

Regelmäßig kommentiere ich das politische Geschehen bei Twitter. Ab und an gibt es auch ein paar besonders interessante Tweets, die ich Euch an dieser Stelle nicht vorenthalten möchte.

Diesen und weitere Tweets findet Ihr unter:
https://twitter.com/Timon_Gremmels/

[fb.com/TimonGremmels](https://www.facebook.com/TimonGremmels)

[instagram.com/gremmels](https://www.instagram.com/gremmels)

twitter.com/Timon_Gremmels



Timon Gremmels, MdB · 6 T

Gerade noch rechtzeitig! Endlich gibt es eine Einigung in der GroKo in Sachen Windkraft. Das heisst der [#Solardeckel](#) wird unverzüglich abgeschafft. Eine gute Nachricht für die Beschäftigten in der Solarbranche, im Handwerk + für die [#Energiewende](#). Danke an alle die geholfen haben!

26

67

477





Informationen aus der Hauptstadt und dem Wahlkreis Kassel

Konjunkturprogramme müssen sozial gerecht und klimafreundlich sein

Meine Rede im Bundestag

Nach der Corona-Krise müssen wir die Wirtschaft wieder ankurbeln. Darüber besteht parteiübergreifend Einigkeit. Doch wie müssen Konjunkturprogramme aussehen, damit sie nachhaltig wirken? Aus meiner Sicht sollten wir die Chance nutzen, sowohl die Corona-Krise wie auch die Klimakrise zu bewältigen. Unsere Ideen und Ansätze unter der Überschrift „Sozial-ökologische Modernisierung“ habe ich in dieser Woche im Bundestag thematisiert.

Die komplette Rede gibt es unter:
<https://dbtg.tv/fvid/7448871>



Herzlichen Glückwunsch zum Aufstieg

Glückwunsch, KSV!

Der KSV Hessen Kassel ist zurück in der Regionalliga - wir gratulieren unseren Kasseler Löwen und freuen uns, sobald es die Lage wieder zulässt, auf packende Duelle im Auestadion.

Auf gehts, Löwen!

Mehr Informationen zum KSV:
<https://www.ksvhessen.de>



Manuela Strube (Mdl), Oliver Ulloth (Mdl), Timon Gremmels (MdB),
Esther Dilcher (MdB), Martina Werner, Wolfgang Decker (Mdl)

Archivbild von 2019

Auswahl über weitere Gesetzesinitiativen im Bundestag

Was noch in dieser Woche beraten wurde

- Gesetz zur **Errichtung der Europäischen Staatsanwaltschaft**. Diese wird die strafrechtliche Ermittlung und Verfolgung sowie die Anklageerhebung bei Straftaten zum Nachteil der finanziellen Interessen der Europäischen Union übernehmen.
- Mit dem **Adoptionshilfe-Gesetz** verbessern wir die Rechte von Adoptiveltern und -kindern.
- Mit einer **Änderung des Wasserhaushaltsgesetzes** sorgen wir dafür, den Nitrat-Eintrag in Bäche, Flüsse, Grundwasser und Meere durch landwirtschaftliche Nutzung zu reduzieren – zum Schutz von Umwelt und Gesundheit.
- Mit der **Änderung des Arbeitnehmerentendegesetzes** stärken wir die Rechte von ArbeitnehmerInnen vor Lohndumping und schlechten Arbeitsbedingungen und sorgen für fairen Wettbewerb der Unternehmen.
- Um die von der Krise gebeutelten europäischen Arbeitsmärkte zu stabilisieren, Arbeitsplätze zu erhalten und Erwerbstätige in der EU zu schützen, regeln wir mit dem **SURE-Gewährleistungsgesetz** die Gewährung von Garantien, die es der EU-Kommission erlauben, Kredite aufzunehmen und besonders stark betroffenen Ländern zu helfen.
- Um Verbraucherinnen und Verbraucher vor Gesundheitsschäden durch Rauchen zu schützen, setzen wir auf eine **Änderung des Tabakerzeugnisgesetzes**. Künftig unterliegen auch elektronische Zigaretten Werbebeschränkungen.



Informationen aus der Hauptstadt und dem Wahlkreis Kassel

Unterwegs im Wahlkreis, in Berlin und im Netz

Bildergalerie

Durch die Einschränkungen unseres Alltags im Zuge der Kontaktreduzierungen und Abstandsregelungen konzentriert sich ein Großteil meines Lebens auf den digitalen Raum. Hierzu habe ich einige Impressionen für Euch zusammengestellt.



Endlich mal wieder eine Einkehr in die Gastronomie. Nach meiner Radtour ging's in die Königsalm



Timon Gremmels
SPD-Bundestagsabgeordneter aus Kassel

Dr. Walter Lübcke wurde von Rechtsterroristen ermordet. Der Initiative „Offen für Vielfalt“ habe ich meine Eindrücke dazu geschildert.



Insta-Live mit David Balhorn von der Agentur Tigertatze und Studio Angersbach



Online-Diskussion mit dem Kasseler Friedensforum zum Thema Abrüstung

Sofern Sie ausdrücklich eingewilligt haben, verwenden wir Ihre E-Mail-Adresse, um Ihnen regelmäßig Ihre gewünschten Informationen zu übersenden. Für den Empfang der Informationen ist die Angabe einer E-Mail-Adresse ausreichend.

Die Abmeldung ist jederzeit möglich, darauf wird z.B. auch bei jedem Newsletterversand unter Angabe des Links hingewiesen. Alternativ können Sie Ihren Abmeldewunsch gerne auch jederzeit an timon.gremmels.wk@bundestag.de per E-Mail senden.





— Eine faire und nachhaltige Wahlrechtsreform für Deutschland

Unser Vorschlag zur Wahlrechtsreform

Mit 709 Abgeordneten ist der Bundestag deutlich zu groß. Die SPD hat einen Vorschlag gemacht, wie sichergestellt werden kann, dass unser Parlament bei der nächsten Wahl im September 2021 nicht größer, sondern kleiner wird. Allerdings sind sich CSU und CDU intern noch nicht einig. Hier der SPD-Vorschlag, den wir vorgelegt haben:

Das personalisierte Verhältniswahlrecht hat sich über viele Jahrzehnte bewährt. Durch Veränderungen in den politischen Kräfteverhältnissen und eine Auffächerung des Parteiensystems ist der Deutsche Bundestag bei der Wahl 2017 auf 709 Abgeordnete angewachsen. Aktuelle Umfragen und Berechnungen deuten darauf hin, dass die nächste Bundestagswahl zu einem weiteren Aufwuchs in Richtung 750 oder 800 Bundestagsitze führen könnte.

Um zu verhindern, dass der Deutsche Bundestag an die Grenzen seiner Arbeits- und Handlungsfähigkeit stößt, halten wir eine Reform des Wahlrechts für unabdingbar.

Diese Reform muss darauf zielen, die bewährten Prinzipien des personalisierten Verhältniswahlrechts zu erhalten und zugleich die Zahl der Mitglieder des Bundestages wirksam zu begrenzen. Und sie muss dafür sorgen, dass eine paritätische Besetzung des Bundestages mit Frauen und Männern erreicht werden kann.

Keiner der bislang vorliegenden Vorschläge zur Änderung des Wahlrechts kann alle der genannten Ziele gewährleisten. Für die SPD-Bundestagsfraktion ergibt sich daraus die Notwendigkeit, weitere Reformoptionen in Betracht zu ziehen und sorgfältig zu prüfen.

Wir halten es deshalb in einem ersten Schritt für erforderlich, mit Wirkung zur Wahl 2021 eine Übergangsregelung mit einer absoluten Mandatsobergrenze zu beschließen, um einen weiteren Mandatsaufwuchs zu verhindern und dies mit der Einführung einer Paritätsregelung zu verbinden.

In einem zweiten Schritt schlagen wir vor, eine Reformkommission aus Abgeordneten, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern einzusetzen, die sich mit gegenwärtig diskutierten Reformalternativen für das personalisierte Verhältniswahlrecht auseinandersetzt und Empfehlungen zur Modernisierung der Parlaments- und Wahlkreisarbeit erarbeitet.





Informationen aus der Hauptstadt und dem Wahlkreis Kassel

— Eine faire und nachhaltige Wahlrechtsreform für Deutschland

Das ist unser Vorschlag

1. Übergangsregelung für die kommende Wahl

- Die Regelgröße des Bundestages bleibt bei 598 Abgeordneten. Die Anzahl der Wahlkreise bleibt unverändert bei 299.
- Zur Wahl werden nur Parteien zugelassen, deren Landeslisten paritätisch abwechselnd mit einem Mann und einer Frau oder umgekehrt besetzt sind.
- Als maximale Obergrenze wird die Zahl von 690 Abgeordneten im Gesetz festgeschrieben.
- Bis zur Erreichung der Obergrenze werden alle Überhang- und Ausgleichsmandate entsprechend ihres Zweitstimmenergebnisses zugeteilt. Dabei entfällt der 2013 eingeführte erste Verrechnungsschritt.
- Alle über die Obergrenze hinausgehenden Überhangmandate werden nicht mehr zugeteilt. Der Zweitstimmenproporz bleibt erhalten.
- Die Übergangsregelung bleibt bis zur Umsetzung der Ergebnisse der Reformkommission in Kraft.

2. Einsetzung einer Reformkommission

- Die Reformkommission setzt sich detailliert mit allen Reformoptionen auseinander und gibt eine Empfehlung für ein nachhaltiges Wahlrecht ab.
- Die Reformkommission entwickelt Empfehlungen zur Modernisierung der Parlaments- und Wahlkreisarbeit sowie zur Dauer der Legislaturperiode.
- Die Reformkommission beschäftigt sich mit der gleichberechtigten Repräsentanz von Frauen und Männern im Deutschen Bundestag, um langfristig das Ziel der Parität im Parlament zu erreichen.
- Die Reformkommission setzt sich aus Abgeordneten sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zusammen.

